

mitarbeiten 02/2020

Informationen der Stiftung Mitarbeit

www.buergergesellschaft.de · www.mitarbeit.de · www.netzwerk-buergerbeteiligung.de

Gespräch mit Dr. Wolf Schmidt



»Das Land kommt kaum vor«

Die meisten Menschen in Deutschland leben auf dem Land. Die vorherrschenden Sichtweisen über Politik und Gesellschaft kommen dagegen in der Regel aus der urbanen Welt. Zwar stehen auch Städte vor vielfachen Herausforderungen; der ökonomische, soziale und kulturelle Wandel der letzten Jahrzehnte ist aber im ländlichen Raum oft besonders spürbar. Damit einher geht eine Ungleichverteilung von Lebenschancen, die in den ländlichen Gebieten unter anderem zu Abwanderung, zum Rückbau von Infrastruktur und dem Abbau lokaler Demokratie führt. Die Diskrepanz von ländlicher Majorität und urbaner Meinungshoheit steht im Mittelpunkt des Gesprächs mit Dr. Wolf Schmidt, Stiftungsratsvorsitzender der Mecklenburger AnStiftung. Er zeigt, wie die Differenz von Ländlichkeit und Urbanität zunehmend zu gegenseitigem Missverstehen führt und was sich dagegen tun lässt.

Wolf Schmidt, Sie leben seit einigen Jahren im ländlichen Raum Mecklenburg-Vorpommerns. Sie beschäftigen sich intensiv mit der Zukunft des ländlichen Raums und haben vor diesem Hintergrund den programmatischen Begriff der »neuen Ländlichkeit« geprägt. Was verstehen Sie darunter?

Blickt man auf den öffentlichen Diskurs, dann gibt es ganz schnell das Missverständnis, das ländliche Räume landwirtschaftliche Räume sind. Zwar ist die Landschaft agrarisch geprägt, dennoch haben die allermeisten der dort lebenden Menschen beruflich mit Landwirtschaft nichts mehr zu tun. Als ich geboren wurde, war jeder Vierte

in der Landwirtschaft beschäftigt, heute sind es noch 1 bis 2 % der Menschen. Und trotz der Abwanderung sehen wir gleichzeitig, dass auf den Dörfern immer noch viele Menschen leben. Da stellt sich die Frage, was machen die da eigentlich? Und wenn man genauer hinschaut, dann stellt man fest, es gibt vor Ort nicht nur die, die geblieben sind, sondern auch Menschen, die neu dazu gezogen sind, mit ganz unterschiedlichen Berufen und Lebensentwürfen. Für diese Menschen spielen meines Erachtens drei Faktoren eine Rolle, nach denen sie die Qualität des ländlichen Raums bemessen: Natur, Kultur und, vielleicht das Wichtigste, die digitale Revolution, die – trotz

aller limitierender Faktoren – die zivilisatorische Spaltung zwischen Stadt und Land zunehmend aufhebt. Ich glaube, dass die neue Ländlichkeit als Lebensentwurf für viele Menschen attraktiv sein kann, weil sie das Problem des viel beschworenen Leerlaufens ländlicher Räume löst und damit auch einen Beitrag zur Lebenstüchtigkeit der Stadt leistet, Stichworte Mietmarkt und Verkehrsinfarkt. Die neue Ländlichkeit und die Entwicklung ländlicher Räume sind eine Bedingung für das Florieren der Metropolen.

Wenn Menschen aus der Stadt aufs Land ziehen, treffen sie auf eine mehr oder weniger entwickelte Dorfgemeinschaft. Was passiert dann?

Das lässt sich nicht pauschal beantworten. Der oberste Lehrsatz in diesem Zusammenhang heißt: jedes Dorf ist anders. Trotzdem kann man natürlich gewisse Typisierungen vornehmen, ein »Westdorf« hat andere Strukturen und interne Hegemonien als zum Beispiel ein früheres Gutsdorf in Mecklenburg-Vorpommern. Gleichzeitig ergeben sich auf dem Land viele neue kommunikative Zusammenhänge, ich nehme die Kontakt- und Kommunikationsstrukturen auf dem Dorf als vielfältiger wahr. In der Großstadt lebt man doch sehr in seinen abgeschotteten sozialen Welten, in einem Wohnviertel, das in der Regel einen mehr oder weniger homogenen sozialen Status hat. In meinem Dorf komme ich in Kontakt mit allen sozialen Schichten, mit ganz vielen Erfahrungen; diese offenen Gespräche haben mich sehr bereichert.

Der ländliche Raum ist seit einiger Zeit in die Mitte der politischen Agenda gerückt. Was macht in dem Zusammenhang die Kluft zwischen Stadt und Land aus Ihrer Sicht aus?

(Fortsetzung auf Seite 2)



(Fortsetzung von Seite 1)

»Das Land ...«

Wir Städter, sage ich jetzt mal, denken immer, die auf dem Land haben keine Ahnung von der Stadt. Das ist jedoch nicht richtig, meiner Beobachtung nach wissen Städter viel weniger über das Land, als Landbewohner über die Stadt. Dennoch unterscheidet sich die Weltwahrnehmung auf dem Land von der in der Stadt. Das lässt sich natürlich auch an Wahlergebnissen ablesen. Ich wohne in einem Dorf mit 250 Einwohnern, bei den letzten Landtagswahlen haben knapp 30 % der Wähler die AfD gewählt. Und da stellt sich die Frage, wie dieses Ergebnis eigentlich zu interpretieren ist, weil die Partei im Alltag meines Dorfs eigentlich keine Rolle spielt. Und da kommt sicher viel zusammen, Ost-West-Dinge spielen da eine Rolle, Wendeerfahrung spielt eine Rolle. Ich glaube, ein wichtiges Element ist auch ein Protestverhalten gegenüber einer Politik und einem dominanten politischen Diskurs, der sich aus der Stadt speist. Diese Diskurse sind von urbaner Politik, urbaner Verwaltung, urbanen Medien, urbanen Experten geprägt. Die Autorin Juli Zeh, die zugleich Verfassungsrichterin in Brandenburg ist, weist in dem Zusammenhang immer wieder auf die in ihrer Wahrnehmung steigende Diskrepanz der politischen Welten

Man findet immer schwieriger Menschen, die noch Mandate übernehmen wollen. Und das hängt auch damit zusammen, dass die kommunalen Kompetenzen beschnitten werden.

hin und darauf, dass die lebensweltlichen Probleme von Stadt und Land enorm auseinanderklaffen. Wenn in den Medien von Elektro-Tretrollern als Mobilitäts-Alternative die Rede ist, erscheine das für Menschen, die auf dem Land leben und auf das Auto, gerne Diesel, angewiesen sind, völlig absurd, besonders vor dem Hintergrund, dass es auf dem Land oft keinen regelmäßigen Busverkehr

gibt, keinen Landarzt und kein Krankenhaus. Die Herausforderungen werden in der Regel nur durch die städtische Brille beleuchtet, das Land kommt kaum vor. Wenn wir über die Förderung des Bahnverkehrs reden, dann denken die Menschen auf dem Land, was habe ich davon, wenn der lokale Bahnhof vor zehn, zwanzig Jahren geschlossen wurde und es keinen Bus zum nächsten Bahnhof gibt, aber eine neue Schnelltrasse, wo ich die Züge vorbeirauschen sehen kann.

Nach meiner Beobachtung wissen Städter viel weniger über das Land, als Landbewohner über die Stadt.

Oder nehmen wir das Thema Partizipation und Beteiligung. Es gibt Zahlen, die belegen, dass im Zuge der Gemeinde- und Kreisreformen bundesweit 300.000 Mandatsträger überflüssig geworden sind. Die sitzen jetzt nicht alle da und sagen, okay, ich bin mein Mandat los, jetzt kann ich mich bürgerschaftlich in neuen Initiativen engagieren, sondern die sind auch ein Stück weit frustriert. Gleichzeitig sind die Strukturen größer und die Identitätseinheiten gestört, wenn nicht zerstört worden, man findet immer schwieriger Menschen, die noch Mandate übernehmen wollen. Und das hängt eben auch damit zusammen, dass die kommunalen Kompetenzen beschnitten werden.

In meinem Bundesland hat das kommunale Parlament praktisch keinen Einfluss darauf, ob in der Gemeinde ein Windrad errichtet wird oder nicht, ob da Massenviehhaltung hinkommt oder nicht. Und daraus entsteht in ganz vielen Feldern so eine Haltung, uns hört man nicht, um uns kümmert man sich nicht. Aus dieser mangelnden Anerkennung und mangelnden Wahrnehmung entsteht ein Gefühl der Bedrohung.

Wie lässt sich damit politisch umgehen?

Darauf habe ich keine schnelle Antwort. Man muss die fundamentalen Interessen- und Weltwahrnehmungsunterschiede anerkennen und die Diskurse öffnen, damit

sich Landbewohner wieder positiv von Politik adressiert fühlen. Und ich glaube, es gibt keine Alternative dazu, diese 30 %, von denen ich geredet habe, wieder in einen Zusammenhang mit dem Rest zu bringen, um es mal sehr neutral zu formulieren. Wir müssen ja miteinander leben. Was nicht heißt, dass man auf den Diskurs der AfD eingeht. Es gilt, sich abzugrenzen, aber man muss sich abgrenzen in einer grundsätzlichen Anerkennung der Legitimität von Differenz. Solange man keine Strafgesetze verletzt, darf man eben auch AfD wählen. Und darüber kann man sich streiten und das ist Teil einer Streitkultur, sich damit auseinanderzusetzen. Zugleich muss deutlich werden, wo sind Grenzen überschritten und was ist politische Abweichung, über die man streiten kann. Die eine Grenze setzt das Strafrecht, die zweite Grenze sind Fragen der fundamentalen Anerkennung der Würde des Anderen, also dem Anderen nicht das Existenzrecht abzusprechen, dialogfähig zu bleiben. Grundsätzlich sind Politik und Zivilgesellschaft zunehmend von Polarisierungen und Spaltungen durchdrungen. Des-

Auf dem Land ergeben sich viele neue kommunikative Zusammenhänge, ich nehme die Kontakt- und Kommunikationsstrukturen auf dem Dorf als vielfältiger wahr.

halb kommt es darauf an, Räume zu stärken, zu erhalten, zu schaffen, die nicht dieser politischen Polarisierung ausgesetzt sind, wo es möglich ist, einfach zusammen zu feiern, zusammen zu reden, zusammen zu singen, zusammen zu tanzen. Es ist wichtig, den Anderen als Menschen zu erleben. Die Grundfrage ist: wenn wir die Menschen nicht abschaffen können, die uns nicht passen, wie gehen wir mit ihnen so um, dass ein Zusammenleben für alle produktiv, erträglich, vielleicht sogar angenehm ist?

Das vollständige Videogespräch mit Wolf Schmidt im Netz unter www.mitarbeit.de/publikationen/video_gespraech

Demokratie braucht Initiative

Ob Partizipationslotsen in Berlin, koproduktive Stadtgestaltung in Leipzig, ein Blockparlament in Schwerin oder eine ständige Kinderkonferenz in Kassel: die im Rahmen des Förderfonds Demokratie unterstützten Projekte zeigen, wie groß die soziale und politische Phantasie der Zivilgesellschaft in Deutschland ist und wie groß der Wunsch, Demokratie und Gemeinwesen vor Ort mitzugestalten.

Demokratie lebt vom Mitmachen. Demokratisches Handeln muss in einem gemeinsamen Lernprozess entwickelt und geübt werden. Durch den Förderfonds Demokratie werden vorbildliche Vorhaben, Ideen und Projekte unterstützt, die einen Beitrag zur Stärkung der Demokratie leisten. In bislang zwei Förderrunden hat die neunköpfige Jury, die sich aus Vertreter/innen der beteiligten Stiftungen zusammensetzt, bereits über 80 Projekte aus dem gesamten Bundesgebiet mit insgesamt mehr als 400.000 Euro gefördert. Im Zentrum der Bewerbungen und der Jurybewertung steht dabei stets die Frage, welche demokratischen Impulse und welchen demokratischen Mehrwert das Projekt im jeweiligen Wirkungskreis entfaltet.

So rückt beispielsweise das ambivalente Verhältnis von Demokratie, Daten und Digitalisierung zunehmend nicht nur in den Fokus gesellschaftlicher und politischer Debatten, auch einige Förderprojekte widmen sich auf die eine oder andere Weise diesem Thema. Wie verändern Social Media und digitale Medien Demokratie, das Demokratieverständnis von jungen Menschen und deren Rezeption von Politik? Wie gelingt gesellschaftlicher Dialog und politische Kommunikation im digitalen Dreieck von Influencern, FakeNews und HateSpeech? Und wie hängt der persönliche Umgang mit sensiblen privaten Daten mit politischen Entscheidungsprozessen zusammen? Diesen Fragen gehen nicht nur Jugendliche in Freiburg im Rahmen eines partizipativen und interaktiven Jugendkonvents nach, sondern auch Schülerinnen und Schüler in Berlin. Unter dem Stichwort »Fair

Apps Market« bietet daneben eine selbstorganisierte Initiative in Berlin und Brandenburg mobile Beratungen im öffentlichen Raum zur Nutzung von datenschutzgerechten Open-Source-Alternativen zu proprietären Apps und Software an. Ziel ist es, Menschen zu motivieren, den digitalen Wandel durch die Nutzung freier Software mitzugestalten. Mit einem mobilen Marktstand schaffen die Initiator/innen Öffentlichkeit für datensparsame und demokratiefreundliche Anwendungen.

Die dialogische Mitwirkung der Bürger/innen an lokaler Politik, die Förderung von bürgerschaftlichem Engagement und die Verknüpfung von Engagement, Bürgerbeteiligung und politischer Bildung sind weitere Schwerpunkte geförderter Projekte.

In Passau organisiert eine ehrenamtlich getragene Bürgerinitiative im Oktober 2020 »Wochen zur Demokratie«. Diskussionen, Lesungen, Workshops, Ausstellungen oder Filmvorführungen geben 14 Tage lang demokratische Impulse für die Stadtgesellschaft. In Leipzig ist im ersten Obergeschoss der Stadtbibliothek ein Raum für innovative und kreative Angebote entstanden. Das »Leipzig-Zimmer« als zivilgesellschaftliches Schaufenster bietet Bürger/innen, Verei-

nen und Initiativen der Stadt einen Freiraum, um eigene Formate zu gestalten, Ideen zu teilen oder Partner für eigene Projekte zu finden. In München sollen Nachbarschaftstreffs eines gemeinnützigen Trägers die politische Teilhabe in den Nachbarschaften sowie das Bewusstsein und Wissen über politische Teilhabemöglichkeiten innerhalb und außerhalb von Wahlen fördern. Die Nachbarschaftstreffs verstehen sich als Räume für politisches Lernen und demokratische Prozesse, die Engagierten als Multiplikator/innen und Botschafter/innen für eine offene, freie und demokratische Gesellschaft.

Die Beispiele zeigen: Der Förderfonds Demokratie adressiert Projekte, Initiativen und Ideen, die sich der offenen Gesellschaft und ihren demokratischen Werten verpflichtet fühlen, sich auf der Grundlage der Menschenrechte für das Gemeinwohl engagieren, die Dialogfähigkeit und Pluralität fördern und deren Arbeit ganz oder in Teilen durch freiwilliges bürgerschaftliches Engagement getragen wird. Jedes ausgewählte Projekt erhält für die Umsetzung des Vorhabens eine einmalige Förderung bis zu einer Höhe von 5.000 Euro. Bewerbungen für die dritte Runde des Förderprogramms sind bis zum 30. September 2020 möglich.

Ausführliche Informationen zum Förderfonds Demokratie im Netz unter www.foerderfonds-demokratie.de





Web-Seminar · 19. August 2020, 18.30–20.00 Uhr

Unsere Datenspuren ...

Digitalisierung wird von allen gefordert und schnell ist man überfordert von dem, was Digitalisierung bedeutet. Damit Initiativen und Vereine sich nicht unkritisch in die Digitalisierung stürzen, gehen wir im Seminar der Frage nach, wie Initiativen und Vereine bewusst(er) mit ihren eigenen Daten umgehen können. Wir geben erste Hinweise darauf, wie digitale Vernetzung und Kooperation möglich ist, ohne

Daten für Unternehmen zu produzieren bzw. verantwortungsbewusst mit den notwendigen Daten umzugehen. Wir klären am Beispiel des Smartphones, worauf in der alltäglichen Vereinsinteraktion zu achten ist, und wie fast nebenbei durch den Schutz der Daten auch unsere Demokratie geschützt werden kann.

Nähere Informationen bei Dr. Sybille de la Rosa (delarosa@mitarbeit.de)



Web-Seminar · 3. September 2020, 18.30–20.00 Uhr

Wie verschaffen wir uns Gehör?

Untersuchungen zeigen, dass gute Zuhörer/innen schneller und effizienter zu einem Verhandlungserfolg gelangen, als Menschen, die sich vor allem auf ihre eigenen Argumente fokussieren. Insbesondere in einer Demokratie ist es wichtig, dass alle Bürger/innen die Fähigkeit besitzen, ihre Interessen und politischen Forderungen angemessen zu formulieren und zu kommunizieren. Genauso wichtig ist, verschiedene Formen des Zuhörens zu beherrschen und anwenden zu können. Nur wer auch in der Lage ist, die Perspektiven und Interessen der anderen zu verstehen und bereit ist, ihnen Raum zu geben, kann sich angemessen auf demo-

kratische Aushandlungsprozesse einlassen. Politische Forderungen und Machtansprüche werden im Gespräch nicht nur über Inhalte verhandelt, sondern durch die Form, wie miteinander gesprochen wird, wer wie lange sprechen darf oder auch, wem tatsächlich zugehört wird, wenn er oder sie spricht.

Im Web-Seminar erarbeiten die Teilnehmer/innen gemeinsam, wie sie ihre Interessen und Forderungen besser artikulieren und positionieren können und wie es gelingen kann, andere Positionen besser zu verstehen.

Nähere Informationen bei Dr. Sybille de la Rosa (delarosa@mitarbeit.de)



2-teiliges Web-Seminar · 10. und 17. September 2020, jeweils 18.30–20.00 Uhr

Virtuelle Mitgliederversammlung

Teil 1: Wie kann eine Mitgliederversammlung während der Pandemie aussehen? Das Gesetz zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie ermöglicht Vereinen, in deren Satzung Online-Verfahren nicht vorgesehen sind, Mitgliederversammlungen und Abstimmungen für einen begrenzten Zeitraum virtuell durchführen können. Dabei stellen sich einige juristische Fragen, auf die im Web-Seminar eingegangen werden soll, aber auch Fragen nach der Datensicherheit. Im Seminar werden die juristischen Vorgaben erläutert und besprochen und im Anschluss daran mögliche virtuelle (in Kombination mit analogen) Durchführungsmöglichkeiten wie die Kombination einer Videokonferenz mit der Briefwahl vorgestellt. Es geht darum zu zeigen, wie ein umsichtiger Umgang mit den

juristischen Vorgaben und den eigenen Daten in der Vereinsarbeit auch während und nach der Pandemie aussehen kann.

Teil 2: Was braucht es, damit Mitgliederversammlungen auch nach der Pandemiegesetzgebung virtuell abgehalten werden können? Im zweiten Teil des Web-Seminars geht es primär darum zu klären, welche Satzungsänderungen notwendig sind und was bei der Formulierung der Satzungsgrundlagen (bei der Gründung) zur Durchführung von Mitgliederversammlung bedacht werden muss. Ausserdem werden weitere virtuelle, analoge und gemischte Möglichkeiten für die digitale Durchführung von Versammlungen, Wahlen und Abstimmungen vorgestellt.

Nähere Informationen bei Dr. Sybille de la Rosa (delarosa@mitarbeit.de)

Seminar

Wirksam werden: Kampagnenplanung

Zivilgesellschaftliche Kampagnen zielen auf eine konkrete politische Veränderung. Verschiedene Aktivitäten, die aufeinander aufbauen, müssen in einem zeitlich befristeten Rahmen strategisch geplant werden.

Der Workshop gibt einen ersten Einstieg zum Thema Kampagnenarbeit und will den Ansatz kampagnenorientierten Arbeitens für politische Gruppen handhabbar machen. Was macht eine gute Kampagne aus? Was sind die Möglichkeiten und Grenzen von Kampagnenarbeit? Wie sieht eine Kampagnenplanung mit Analyse, Zielen, Strategie, Maßnahmen aus? Neben der Beschäftigung mit verschiedenen Typen und praktischen Beispielen erfolgreicher Kampagnenarbeit geht es darum, Ansätze für die eigene Praxis zu entwickeln. Das Seminar (11.–12. September in Verden/Aller) richtet sich an politische Initiativen und Menschen, die sich in einer Kampagne organisieren möchten.

Nähere Informationen bei Eva-Maria Antz (antz@mitarbeit.de)

Impressum

mitarbeiten
Informationen der
Stiftung Mitarbeit
Vierteljährlich, kostenlos



Redaktion:
Ulrich Rüttgers, Hanns-Jörg Sippel

Stiftung Mitarbeit
Ellerstr. 67
53119 Bonn
Telefon (02 28) 6 04 24–0
Telefax (02 28) 6 04 24–22
E-Mail info@mitarbeit.de
www.mitarbeit.de
www.buergergesellschaft.de
www.netzwerk-buergerbeteiligung.de

Vorstand: Hanns-Jörg Sippel (Vorsitzender),
Beate Moog

Stiftungsrat: Ulrike Sommer (Vorsitzende)

Konto: Volksbank Bonn Rhein-Sieg
(BLZ 380 601 86) Kto. 20 10 54 00 14

Die Stiftung Mitarbeit wird vom
Bundesministerium des Innern, für Bau und
Heimat gefördert.